

Jens Daniel

WIR WOLLEN DEN ALTEN BEHALTEN

In der größten Tageszeitung der Bundesrepublik, in der Hamburger „Welt“, stand vor fünf Wochen ein Lobpreis der Rüstigkeit und der geistigen Frische Konrad Adenauers. Der Regierungschef hatte gerade seine Berlinreise absolviert; jene Pressekonferenz eingeschlossen, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu höhnischen Kommentaren inspirierte.

Rüstigkeit und geistige Frische wurden dem Parteiführer Adenauer in allen Blättern anlässlich jenes Dortmunder Parteitages der CDU attestiert, der die Überleitung der Macht in jüngere Hände vorbereiten sollte. Natürlich wird nichts übergeleitet. Nur wenige zweifeln daran, daß der Kanzler seine Zusage, im Laufe des Jahres 1963 abzutreten, brechen wird, sofern er am Leben ist.

Das Erstaunliche ist nur, daß all jene ersichtlich recht haben, die ein spürbares Nachlassen der Kräfte des 86jährigen in Abrede stellen. Da aber andererseits Unbehagen und Wut in den Gremien der CDU, je höher je mehr, anwachsen, da ein geradezu mythischer Ablösungsdrang, je verschwiegener je verbissener, sein Bett nicht finden kann, muß der Widerspruch sich anderswo als in der Person des Kanzlers auflösen lassen. Nicht er, nicht Konrad Adenauer, hat sich geändert. Seine Witze sind nicht härener geworden, seine Bocksprünge nicht wilder, seine Gedanken nicht armseliger, seine Aussprüche nicht unartikulierter. Er war nie anders als heute, er war, von akuten Erkrankungen abgesehen, nicht einmal gesünder. Er war nur jünger an Jahren.

Nicht der Kanzler hat sich geändert, wie aber, wenn sich die politische Landschaft geändert hätte? Daß die Integration Europas ein Trugbild war, weil sie England den Weg zum Kontinent versperrt (von de Gaulle gar nicht zu reden), hat sich mittlerweile herausgestellt; daß Frankreichs Interessen und die Interessen der Bundesrepublik nur parallel laufen, wenn wir Deutschland an den gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik enden lassen, ist offenkundig geworden; daß die prinzipielle Feindschaft mit der Sowjet-Union keine Früchte tragen wird, daß die amerikanische Spekulation auf die Sprengkraft der Deutschen Frage eine Fehlspekulation war — Kennedy weiß es besser als wir.

Und doch haben, des Kanzlers potentielle Nachfolger, haben elf Parteitage der CDU, haben die bundesrepublikanischen Wähler, haben zehn amerikanische Universitäten und die gesamte westliche Welt jeden Schritt, den er tat, mit Beifall überschüttet und mit einem Gedenkstein zu einem Monument des Ruhmes noch bei Lebzeiten honoriert. Er war der Mann der Stunde, ja eines langen Jahrzehnts. Die frühere Politik nach wie vor für richtig halten und den Protagonisten ablösen wollen, das

ergibt den Widerspruch. Er hat recht, wenn er bleiben will, und alle, die ihn ablösen wollen, entbehren der legitimen Überzeugungskraft.

Wahr ist, daß man ihm heute als unverzeihlich ankreidet, was man früher für köstlich und anekdotenreif hielt. Daß er komplizierte Sachverhalte nicht auffassen kann (siehe das Gespräch mit de Gaulle in Rambouillet), daß er die Wahrheit fröhlich auf den Kopf stellt (siehe den Einbau des Radios in den Volkswagen), daß er sich mit politischen Gegnern (Erhard, Brandt, Gerstenmaier) nicht auseinandersetzt, sondern sie lächerlich macht; daß er eine Denkweise und eine Argumentation hat, die nach Vergebung schreit — wem hat das etwas ausgemacht, seit er die Wahlen von 1953 so eindrucksvoll gewann, und wem würde das etwas ausmachen, wenn er die Wahlen von 1961 ebenso eindrucksvoll gewonnen hätte?

Klagte nicht der französische Botschafter François-Poncet, Adenauers enger politischer Freund, und klagte nicht Herbert Blankenhorn schon in den allerersten Jahren, daß der 75-jährige nichts begreife und nichts auszudrücken verstehe, daß Loyalität ihm ein völlig fremder Begriff sei?

Ist die Gürzenich-Rede vergessen, die über sechs Jahre her ist, und die große Wehrdebatte des Jahres 1952, als Strauß den hilflos stotternden Kanzler heraushauen mußte? Hat er denn nicht im Jahre 1956 die Truppenverringerung der Roten Armee auf Geburtenarmut zurückgeführt („Ich kann Ihnen das beweisen, ich habe in Moskau keinen Kinderwagen gesehen“)?

Ist die Fernsehrede vergessen, die er als Präsidentschaftskandidat hielt, und in der er England, dem Bundespräsidenten Heuss und dem Grundgesetz Fußtritte versetzte? Und war Premier Macmillan nach seinem Bonn-Besuch 1959 weniger verwundert als kürzlich Außenminister Schröder in Athen, weil der Kanzler die Gesprächsbeschlüsse des Vortages kurzerhand widerrief, ja leugnete?

Ärger mit England, Mißverständnisse mit de Gaulle, Entfremdung mit den USA, Ruin der demokratischen Institutionen — alles würde seiner Partei und selbst seinen potentiellen Nachfolgern nichts machen, wenn er Aussicht hätte, in den Wahlen von 1965 wieder die absolute Mehrheit zu erringen. Und wer sagt denn, daß er, wiederaufgestellt, nicht siegen würde? Wäre erst die Berlin-Frage im Sinne der Sowjets und im Sinne der abendländischen Kultur gelöst, hätte er doch gute Aussicht. Mit Recht empfindet er es als groben Undank, wenn seine Partei ihn aufs Altenteil setzen will, weil er ein einziges Mal die Wahlen nicht absolut gewonnen hat.

Nein, der Kanzler muß bleiben, so lange man ihm wirklich nichts anderes vorwerfen will als seinen Geburtsschein.

gig sein von einer Reihe von Umständen innenpolitischer, außenpolitischer und persönlicher Art.“

Zu deutsch: Wenn die Lage wieder einmal „so ernst wie noch nie“ sein sollte, wenn Königin Elizabeth in den nächsten zwei Jahren tatsächlich einen Staatsbesuch in Bonn machen möchte, wenn die FDP — was nicht ausgeschlossen ist — den Kanzler um ein längeres Verweilen im Palais Schaumburg bittet oder wenn Vizekanzler Ludwig Erhard — was sicher ist — sein außenpolitisches i-Männchen-Pensum noch immer nicht kapiert hat, dann soll bei andauernder Barmherzigkeit Gottes überhaupt kein Kanzler-Wechsel stattfinden.

Des Kanzlers Freund Heinrich Krone war über diesen selbstherrlichen Alleingang so vergrämt, daß er sich von allen Parteitagsgeschäften zurückzog, den Vorstandstisch verließ, um im Saal Platz zu nehmen, unter dem Vorwand einer Erkältung verschnupft dem Festessen des CDU-Vorsitzenden Adenauer im „Römischen Kaiser“ fernblieb und sogar seinen Plenarbericht über die Beratungen des Außenpolitischen Arbeitskreises absagte.

Konrad Adenauer ließ sich nicht beeindrucken. Wie in den vergangenen 13 Jahren seiner Kanzlerschaft träufelte er Hohn und Spott auf die designierten Thronfolger von Staat und Partei.

Über seinen schwergewichtigen Kronprinzen machte er sich lustig: „Der Herr Erhard ist von solcher Konstitution, daß er sein Gewicht in sich selbst trägt.“

Und den ihm vom Parteitag als Mitregenten der CDU zur Seite gestellten Unions-Manager Josef Hermann Duffhues degradierte er zu seinem Presseverbindungsoffizier: „Wir haben in unserer Organisation dem zu wenig Bedeutung geschenkt, was in der heutigen Zeit wirklich bestimmend für alle Parteien ist . . . Das ist die Presse, das ist aber auch der Rundfunk, und es ist vor allem das Fernsehen . . . Ich begrüße es darum, daß Herr Duffhues die Parteileitung gerade auf diesem Gebiet entlasten und führen kann!“

Adenauers Zukunfts-Vision: „Sie müssen mich noch bis auf weiteres ertragen.“

In den Augen zumindest eines erniedrigten Christdemokraten allerdings ist dieses „bis auf weiteres“ doch begrenzt. Duffhues hat als Novize auf der Bonner Bühne den Mut noch immer nicht sinken lassen: „Der Kanzler muß spätestens Ende 1963 zurücktreten.“

BUNDESWEHR

Stärker als 1939?

Bundeskanzler Konrad Adenauer wird bei seinem Staatsbesuch in Paris vom 1. bis 6. Juli seinen militärisch versierten Gastgeber Charles de Gaulle um einen General-Rat bitten. Denn der westdeutsche Regierungschef, der niemals gedient hat, aber den Vorsitz im Bundesverteidigungsrat führt, muß in wenigen Wochen einen für die Verteidigungsplanung der Nato und für die Sicherheit der Bundesrepublik folgenreichen Entschluß fassen:

Er muß entscheiden, ob Forderungen der Amerikaner nach einer Vermehrung der deutschen Heeresverbände oder Forderungen seines Verteidigungsministers Strauß nach einer Vermehrung

der weitreichenden Atomträger der Bundeswehr erfüllt werden sollen.

Die amerikanische Regierung und der amerikanische Nato-Oberbefehlshaber, General Norstad, haben Anfang Mai von Bonn die Aufstellung mindestens sechs zusätzlicher Brigaden verlangt.

Vier dieser Brigaden sollen als Deckungsverbände in einer Stärke von je etwa 5000 Mann zum Schutz des gefährdeten nördlichen Teils der Bundesrepublik (in der norddeutschen Tiefebene und in Schleswig-Holstein) eingesetzt werden.

Die anderen Brigaden sollen anfangs zur Auffüllung der zwölf Divisionen dienen, welche die Bundeswehr bis Ende 1963 der Nato zur Verfügung stellen will, später soll auch die Zahl der deutschen Divisionen erhöht werden.

Sperrverbände jedoch der Nato unterstehen.

Diejenigen Bundeswehr-Reservisten, die für diese Sicherungseinheiten vorgeplant werden, können wahrscheinlich ihre Uniform im häuslichen Schrank aufbewahren. Für sie gilt dann jene Bestimmung, die im März in einer Novelle dem Wehrpflichtgesetz angehängt wurde.

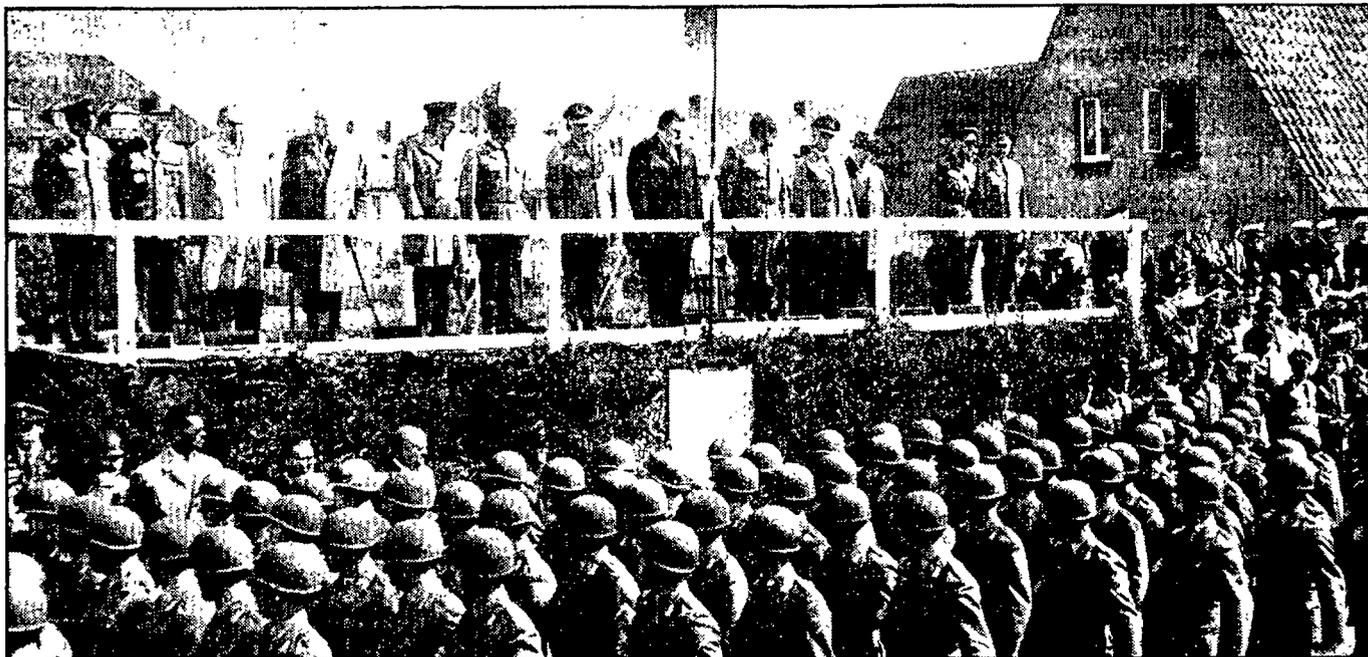
Danach ist es möglich, Reservisten zu verpflichten, „Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke zum Gebrauch im Wehrdienst“ ins eigene Heim zu übernehmen, dort „ohne Entschädigung jederzeit erreichbar sorgfältig aufzubewahren und zu pflegen“ sowie „auf Anforderung der zuständigen Dienststelle zur Überprüfung vorzulegen“.

Die neuen Forderungen der Amerikaner laufen auf nahezu völlige Aus-

Politik und eine neue Strategie. Die jetzige amerikanische Regierung strebt eine weltpolitische Verständigung mit der Sowjet-Union an und sucht, solange die Verhandlungen mit Moskau eine Erfolgchance bieten, eine Erweiterung des Atomklubs zu verhindern.

Aus diesem Grund zog Washington das Polaris-Verkaufsangebot zurück — stellte als Ersatz dafür jedoch mit Polaris-Raketen bestückte Atom-U-Boote unter das Kommando des amerikanischen Nato-Befehlshabers Atlantik —, verweigerte den Franzosen jegliche Unterstützung bei der Entwicklung einer eigenen Atombombe und entschied sich gegen die vorgesehene Ausgabe taktischer Atomwaffen an Bataillone.

Statt dessen verlangt die US-Regierung nun eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte in Europa, um



Übergabe der neunten deutschen Division an die Nato durch Minister Strauß in Oldenburg: 700 000-Mann-Heer gefordert

Bisher sind neun deutsche Divisionen der Nato unterstellt, die letzte wurde am 20. Mai in Oldenburg von Minister Strauß der Nato übergeben.

Die Deckungsbrigaden sollen möglichst nahe am Eisernen Vorhang für den Verzögerungskampf stationiert und deshalb mit verstärkten Aufklärungs- und Pioniereinheiten ausgestattet werden.

Genau wie die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland sollen diese Einheiten permanent eine nahezu hundertprozentige Präsenzstärke halten, damit sie innerhalb von zwei Stunden kampfbereit sein können.

Darüber hinaus wünschen die Amerikaner die Aufstellung mehrerer Grenzsicherungsverbände, die an dem weniger gefährdeten Teil der Grenze, vom Bayrischen Wald bis in den Harz hinein, Verwendung finden würden.

Ähnlich wie die Einheiten der Territorialen Verteidigung würden diese Grenzsicherungsverbände aus aktivem Stammpersonal bestehen und im Mobilmachungsfall mit ortsansässigen Reservisten aufgefüllt werden.

Im Unterschied zur Territorialen Verteidigung, deren Hauptaufgabe es ist, das Hinterland gegen Tiefflieger und Fallschirmtruppen zu schützen, sollen diese

schöpfung der westdeutschen Wehrkraft hinaus. Sie werden gegenwärtig in den militärischen Planungsabteilungen der Nato beraten. Sie sollen in eine neue Nato-Direktive übernommen werden, welche die 1963 auslaufende MC (Military Committee) 70 ersetzen wird.

Im Mittelpunkt der MC 70 stand die Ausstattung der Nato-Divisionen mit taktischen Atomwaffen. Ursprünglich sollte die MC 70 durch die MC 96 abgelöst werden, deren Grundkonzeption noch während der Regierungszeit Eisenhowers erarbeitet worden war.

Die MC 96 enthielt unter anderem das amerikanische Angebot, den europäischen Verbündeten Atomraketen vom Typ Polaris (Reichweite: 3000 Kilometer) zum Kauf anzubieten, die auch auf dem Festland stationiert werden sollten, ein Angebot, das Strauß gern realisiert hätte, um die Nato zur vierten Atommacht auszubauen.

Ferner sah die MC 96 vor, atomare Granatwerfer bis zur Bataillonsebene hinab zu verteilen; zur Zeit stehen atomare Abschlußwaffen nur den Korps- und Divisions-Kommandeuren zur Verfügung.

Die MC 96 wird niemals in Kraft treten. Seit dem Amtsantritt Präsident Kennedys gelten eine neue Militär-

einem konventionell geführten Angriff der Sowjets zunächst auch ohne Atomwaffen begegnen zu können. Damit wollen die Amerikaner im Konfliktfall eine „Pause“ erzwingen, bevor taktische oder strategische Atomwaffen eingesetzt werden müssen.

Wenn die Amerikaner sich durchsetzen, wird die neue militärische Direktive der Nato, die bereits mehrere Entwürfe durchlaufen hat, entsprechend den Vorstellungen von Kennedys Militärberater General Maxwell Taylor (SPIEGEL 34/1961) die Bundeswehr in den Mittelpunkt der konventionellen Abschreckung des Westens rücken.

Bundesverteidigungsminister Strauß aber hat ganz andere Vorstellungen: Er möchte für die Bundesrepublik einen Anteil an der nuklearen Abschreckung des Westens erringen und kämpft deshalb erbittert um die Ausstattung der Bundeswehr mit weittragenden Trägerraketen. Zur Vorbereitung der Luftwaffe auf diese Zukunftsaufgaben hat er auch die im Aufbau befindlichen Pershing-Bataillone des Heeres (Reichweite der Pershing-Raketen: 600 Kilometer) der Luftwaffe zugeteilt.

Der Bundesverteidigungsminister ist aber jetzt mit seinen Ambitionen an eine nur schwer überwindbare Barriere gestoßen: Die Finanzkraft der Bundes-

republik reicht nicht aus, um beides durchzuführen, den von den USA verlangten konventionellen Ausbau und den von Strauß gewünschten atomaren Ausbau der Bundeswehr.

Beides zusammen würde nach Berechnungen des Finanz- und des Verteidigungsministeriums den Bonner Militär-Etat von gegenwärtig jährlich 15 Milliarden Mark auf weit über 20 Milliarden Mark pro Jahr anschwellen lassen. Die Bundeswehr (einschließlich der militärischen Verwaltung) würde dann eine Friedensstärke von weit über 700 000 Mann erreichen — mehr als die Hitler-Wehrmacht vor der Mobilmachung des Jahres 1939 hatte.

Das Bundesfinanzministerium hat erklärt, daß maximal ein Verteidigungshaushalt von 20 Milliarden Mark jährlich tragbar sei. Es müssen also Abstriche gemacht werden — bei den Forderungen der Amerikaner oder bei den Atomplänen des Verteidigungsministers.

Um dieses Entweder-Oder werden gegenwärtig im Verteidigungsministerium interne Auseinandersetzungen mit großer Erbitterung und zahlreichen Denkschriften geführt. Dabei steht der Führungsstab der Bundeswehrmacht auf Seiten des Oberbefehlshabers gegen den

Ausrüstung der Bundeswehr mit US-Jägern vom Typ F 104. Diese Maschine kostet über fünf Millionen Mark, die Luftwaffe soll rund 700 Stück bekommen.

Die F 104 (Starfighter) ist zwar einer der besten Abfangjäger der Welt, war aber von Strauß und von dem Inspekteur der Luftwaffe, General Kammerhuber, als Mehrzweck-Flugzeug bestellt worden. Die beiden Bayern an der Spitze der Bundeswehr wollen es in erster Linie als Atomwaffenträger für einen Gegenschlag einsetzen.

Bei der Umkonstruktion des Starfighter haben sich inzwischen viele Schwierigkeiten ergeben, weil die F 104 für den Bombenwurf wenig geeignet ist. Sie verliert durch den Umbau wesentliche Flugeigenschaften, wird teurer, und darüber hinaus funktionieren auch die technischen Geräte für den Abwurf der Bomben noch nicht. Es gibt hohe Offiziere der Bundeswehr, die das gesamte F-104-Programm bereits als Schrott abgeschrieben haben.

Unter diesen Umständen setzen sich die Heeres-Generalstäbler, unterstützt von den deutschen Offizieren im Nato-Hauptquartier, dafür ein, den amerikanischen Forderungen zu entsprechen und bei einer Anpassung an das finanziell Mögliche unter Verzicht auf eine

militärisches Engagement der Amerikaner in Europa könne nur erreicht werden, wenn man die Notwendigkeit eines sofortigen Einsatzes von Atomwaffen ausschließe und damit das Risiko eines Atomkrieges verringere.

Andernfalls würden die Vereinigten Staaten aus Eigeninteresse zögern, bei kleineren militärischen Zwischenfällen überhaupt ernsthaft einzugreifen, um nicht sofort in den atomaren Strudel hineingerissen zu werden; der Verteidigungsminister erreiche daher mit seinem Beharren auf Atomraketen nur das Gegenteil dessen, was er erreichen wolle.

Im übrigen verfüge der Westen bereits über genügend strategische Atomköpfe einschließlich der Trägerwaffen. Eine Beteiligung Deutschlands und Frankreichs an diesem Programm sei nicht erforderlich. Es fehlten jedoch immer noch die notwendigen Heeresverbände.

Die Generalstabsoffiziere führen auch politische Gründe ins Feld: Der politische Einfluß der Bundesrepublik im westlichen Lager würde um so größer werden, je mehr die Deutschen das lieferten, was kein anderer westlicher Staat in diesem Ausmaß zur Verfügung stellen könnte — gut ausgebildete und modern ausgerüstete Soldaten in dem für Europa entscheidenden Frontabschnitt.

Parallel damit könnte außerdem auch die westdeutsche Verhandlungsposition gegenüber den Sowjets gestärkt werden, während eine deutsche Atommacht nur ihr Mißtrauen vergrößern würde.

Der Vorschlag des Heeres:

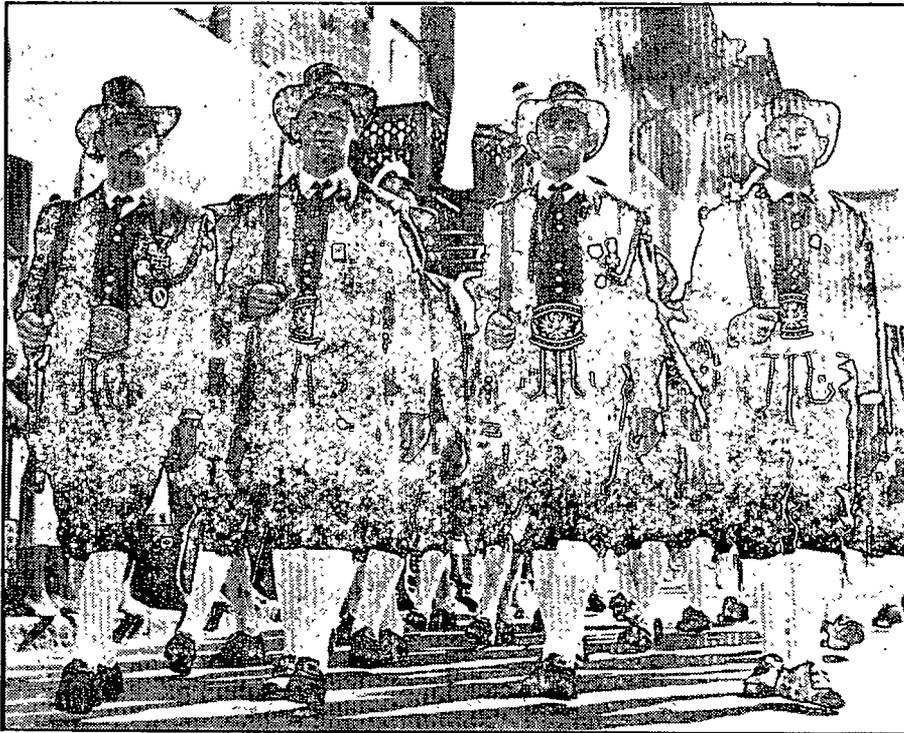
- ▷ beschleunigte Aufstellung der von Washington gewünschten Heeresverbände und ihre Ausrüstung mit den modernsten herkömmlichen Waffen;
- ▷ Beibehaltung der bisherigen Ausstattung mit taktischen Atomwaffen, aber Verzicht auf Mittelstreckenraketen;
- ▷ vorläufige Beschränkung der Luftrüstung auf die zur Erdunterstützung des Heeres geeigneten taktischen Jabo-Verbände;
- ▷ keine weiteren kostspieligen Zerstörer für die Marine.

Der Bundesverteidigungsminister dagegen möchte die amerikanischen Heeresforderungen umgehen. Er will keine zusätzlichen aktiven Deckungsbrigaden aufstellen, sondern allenfalls Grenzsicherungsverbände. Zuerst wollte Strauß sich dabei auf die bayrischen Schützen- und die schleswig-holsteinischen Reitervereine stützen, obwohl er selbst früher schon derartige Ideen als militärischen Unfug abgelehnt hatte.

General Speidel als Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte im Nato-Mittelabschnitt protestierte jedoch energisch gegen derartige Volkssturm-Pläne des Ministers mit der Begründung, eine solche Miliz sei militärisch zwecklos und könne allenfalls im Rahmen der territorialen Verteidigung verwendet werden.

Außerdem denkt Strauß daran — um den Amerikanern scheinbar entgegenzukommen —, entgegen dem Rat der Fachleute des Heeres die Zahl der deutschen Heeresverbände durch Zellteilung zu vermehren: Die bestehenden Einheiten sollen verkleinert werden, so daß es mehr Verbände, aber keine größere Kopfzahl gibt.

Der Verteidigungsminister ist in der vergangenen Woche nach den USA ge-



Bayrischer Schützenverein in Mittenwald: Volkssturm angeboten

Generalstab des Heeres, der die amerikanischen Forderungen unterstützt.

Obwohl für Franz-Josef Strauß zur Zeit keine Aussicht besteht, von den Amerikanern Mittelstreckenraketen wie die Polaris zu erwerben, will er sich trotzdem Geld vom Verteidigungshaushalt auf die hohe Kante legen, um es bei günstiger Gelegenheit für den Ankauf solcher Raketen oder für eine Unterstützung der französischen Atomrüstung zu verwenden.

Aus demselben Grund will Strauß auch keinerlei Einschränkung an einem der kostspieligsten Rüstungsprogramme der Bundeswehr vornehmen, das bereits angelaufen ist und ebenfalls der atomaren Kriegführung dienen soll; die

übertriebene Luft- und Seerüstung das deutsche Heer zum stärksten Faktor der europäischen Landverteidigung auszubauen.

Die von der Bundesregierung seit Jahren erhobene Forderung nach einer echten Vorwärtsverteidigung an der Zonengrenze, so argumentieren die deutschen Generalstäbler des Heeres, könnte nur dann als Nato-Strategie Wirklichkeit werden, wenn die dafür erforderlichen militärischen Kräfte verfügbar seien. Gegenwärtig sei es immer noch so, daß die Nato zwischen Zonengrenze und Rhein nur einen kurzen hinhaltenden Kampf führen könne.

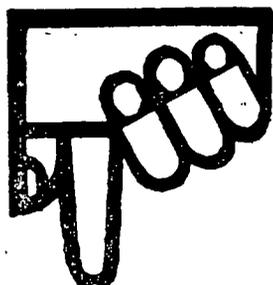
Sowohl eine glaubwürdige Abschreckung als auch ein fortdauerndes starkes



Ein harter Tag

und das Ende davon: Kopf- und Nervenschmerzen, nicht zum Aushalten... Aber gerade nach hartem Tagwerk haben Sie sich einen fröhlichen und ungetrübten Feierabend verdient. Deshalb vertreiben Sie Ihre Schmerzen schnell mit Melabon. Sie erhalten sich so für den nächsten Tag Ihre Leistungsfähigkeit und für die Freizeit Ihre Lebensfreude. Bei dieser Lebenskunst hilft Ihnen

Melabon



Wenn man den SPIEGEL sammeln will

Sammelmappen

Jeweils 18 SPIEGEL-Hefte lassen sich, durch Drahtstäbe im Rücken gehalten, in eine Sammelmappe herausnehmbar einordnen. Preis der Sammelmappe: DM 6,50 incl. Porto.

Einbanddecken

Zu einem festen SPIEGEL-Band können gesammelte Hefte durch eine Einbanddecke verarbeitet werden. Die Einbanddecken fassen bis einschließlich 1958 noch 26 Hefte, ab 1959 nur 18 Hefte. Einbanddecken für neue Ausgaben sind jeweils nach Ablauf eines Tertials lieferbar und kosten incl. Porto DM 3,80.

Inhaltsverzeichnisse

Für jeden Jahrgang gibt DER SPIEGEL ein Inhaltsverzeichnis heraus, in dem der gesamte Nachrichtenstoff durch ein Personen- und Sachregister übersichtlich aufgeschlüsselt ist. Vorrätig sind noch Inhaltsverzeichnisse für 1953 und 1957 bis 1959. Sie kosten je DM 6,-. Das Register für 1960 wird für DM 6,50 geliefert.

Richten Sie Ihre genaue Bestellung bitte an den SPIEGEL-Verlag · Hamburg 1 · Speersort 1

reist, um zu versuchen, seinem US-Kollegen McNamara die amerikanischen Forderungen auszureden. Vor seiner Abreise erklärte er in vertrautem Kreise, er würde eher die Zahl der deutschen Heeressoldaten verringern, als von seinen Rüstungsplänen ablassen.

In diese militärisch-politischen Erwägungen spielt seit geraumer Zeit ein weiteres Moment hinein: Frankreichs Staatschef General de Gaulle beabsichtigt nicht, seine in Algerien frei werdenden Truppen zur Verteidigung der Bundesrepublik im Nato-Abschnitt Mitte einzusetzen. Zwar ist de Gaulle einverstanden, daß die in der Bundesrepublik stationierten französischen Einheiten jetzt endlich einen kleinen Abschnitt in der vordersten Front übernehmen. Die Masse des französischen Heeres aber will er in Frankreich belassen.

Als Ausgleich möchte er dem Bundeskanzler die Zusicherung anbieten, daß seine in der Entwicklung begriffene atomare „Force de frappe“ eingesetzt werden soll, falls Deutschland angegriffen wird. Das Bonner Auswärtige Amt nimmt deshalb an, daß General de Gaulle während Adenauers Staatsbesuch eine bundesrepublikanische Entwicklungshilfe für die französischen Atompläne anfordern wird.

Der Bundeskanzler seinerseits aber will mit dem französischen Staatschef besprechen, wie er sich gegenüber dem amerikanischen Druck verhalten soll. Erst nach seiner Rückkehr aus Paris soll über die weitere Aufbauplanung der Bundeswehr entschieden werden.

GEHALTSSTREIT

Rücksicht auf die Partei

Mit strahlendem Lächeln streckte Konrad Adenauer dem Beamtenbund-Vorsitzenden Alfred Krause die Hand entgegen.

Ein ins Palais Schaumburg mitgebrachter Photograph hielt die Begrüßungsszene fest. Krause bat seinen Dienstherrn um Wiederholung der Auf-

nahme: Die Lage sei sehr ernst, die Bundesbeamten bestünden auf einer Gehaltserhöhung von 7,7 Prozent, und der Kanzler möge deshalb ein ernstes Gesicht machen. Die bedrückte Miene, die der Regierungschef — es war am 25. Mai — daraufhin wunschgemäß zur Schau stellte, erwies sich schon in den nächsten Tagen als der Lage angemessen.

Zwar schätzte Konrad Adenauer die sachlichen Auswirkungen, beispielsweise eines Poststreiks, gering ein. Adenauer zu Krause: „Glauben Sie, daß das so schlimm ist, wenn ein Brief acht Tage später ankommt? Das ist erst schlimm, wenn es sich um Päckchen handelt, wo verderbliche Lebensmittel drin sind und die medizinischen Sachen, die gebraucht werden.“

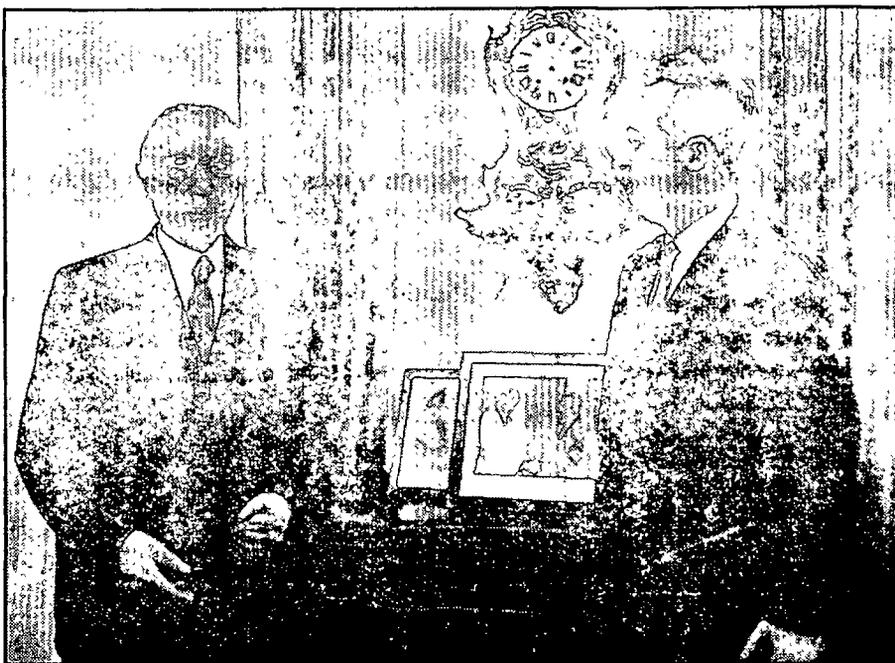
Die Möglichkeit allerdings, eine Arbeitsniederlegung nicht nur bei der Post, sondern — wie von den Gewerkschaften angedroht — im gesamten öffentlichen Dienst könne bei den Anfang Juli stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die absolute CDU-Mehrheit im Landtag gefährden, stimmte den Kanzler nachdenklich.

Er ließ Krause wissen, sein Finanzminister Starke (FDP) prüfe derzeit, „ob durch Kürzungen bei einzelnen Haushaltspositionen die erforderlichen Mittel frei gemacht werden könnten“.

Heinz Starke erfuhr von dieser Prüfungsmission erst anderntags beim Studium der Wochenendpresse. Am folgenden Montag befahl er sofort seinen Haushaltsdirektor Korff zum Rapport. Korff berichtete: Niemand habe bisher das Finanzministerium um Durchführung des Haushalts ersucht.

Einen Tag später drohte Starke in einer Rede vor Wirtschaftlern auf der Godesburg mit seinem Rücktritt für den Fall, daß der Kanzler die pekuniären Wünsche der Staatsdiener erfüllen sollte.

Im Kabinett kam es denn auch zu heftigen Wortgefechten zwischen Jung-Starke und Altkanzler Adenauer. Obgleich der Finanzminister mit einem bis



Beamtenbündler Krause, Dienstherr: Wahl-Bezüge